

**Ansprache von
Bürgermeister Werner Arndt
zur Einbringung des Haushalts am 9.02.2012**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Die Verwaltung legt heute den Haushaltsplan für 2012 vor. Herr Dinklage, der Leiter unseres Amtes für kommunale Finanzen, wird Ihnen die Eckdaten des Entwurfs gleich näher erläutern. Ich möchte meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass der Rat im weiteren Verlauf der Sitzung meinem Vorschlag folgt, ihm die Aufgaben unseres bis auf weiteres erkrankten Kämmerers Dr. Michael Gläseker zu übertragen.

Meine Damen und Herren, die Einbringung des Haushaltes markiert einen Wendepunkt. Vieles wird künftig anders sein als es bisher war. Dafür sorgt der Stärkungspakt Kommunalfinanzen.

Unsere Stadt Marl zählt seit Ende letzten Jahres zu den Gemeinden, die von Überschuldung bedroht sind und verpflichtend am Stärkungspakt teilnehmen müssen. Für den Haushalt 2012 ergeben sich daraus beachtliche Zuwendungen des Landes, die wir dankbar annehmen, aber ebenso drastische Anforderungen an die Sanierung unseres Haushaltes.

Auch das Verfahren ist anders als bisher. Als Stärkungspaktgemeinde sind wir verpflichtet, in diesem Jahr erstmals einen Haushaltssanierungsplan zu erstellen. Darin müssen wir darstellen, wie wir unseren Haushalt ab 2016 ausgleichen wollen.

Das heißt: Der Sanierungsplan wird erhebliche zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen umfassen müssen. Ohne einen genehmigungsfähigen Sanierungsplan wird es keinen genehmigungsfähigen Haushalt geben. Die Verwaltung legt heute folglich einen Haushaltsentwurf vor, der von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Amtes für kommunale Finanzen zwar mit großer Sorgfalt und großem Engagement erstellt wurde, in dieser Form – also ohne

Sanierungsplan und ohne weitere Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung – aber dennoch nicht genehmigungsfähig sein kann.

Meine Damen und Herren, der Stärkungspakt ist grundsätzlich ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Landesregierung erkennt damit an, dass die Städte, die wie Marl von Überschuldung bedroht sind und vor dem finanziellen Abgrund stehen, ihre Haushalte nicht aus eigener Kraft sanieren können und dafür dringend Hilfe benötigen. Die Bemühungen unserer Landesregierung sind auch anzuerkennen, weil noch nie zuvor soviel Geld über das GFG an die NRW-Gemeinden überwiesen wurde. Allein: Die Summe, die die Landesregierung den Kommunen mit dem Stärkungspakt zur Verfügung stellt, reicht bei weitem nicht aus.

Die 350 Millionen Euro aus dem Stärkungspakt würden gerade einmal ausreichen, das allein für 2011 ausgewiesene Defizit der 10 kreisangehörigen Städte im Kreis Recklinghausen (in Höhe von 321 Mio. Euro) zu decken. Deshalb müssen zwingend Wege und Lösungen gefunden werden, damit die Finanzleistungen weiter aufgestockt werden können.

Unsere Hoffnungen, durch die gemeinsame Klage gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz endlich eine gerechtere Finanzausstattung zu bekommen, wurden 2011 vom Verfassungsgerichtshof Münster zunichte gemacht.

Das GFG 2012 hingegen, mit seiner höheren Gewichtung des Schüler-, Soziallasten- und Zentralitätsansatzes, weist für Marl ein deutliches Plus von 11,2 Millionen Euro auf. Für uns ist das der eindeutige Beweis dafür, dass man uns jahrelang Millionenbeträge vorgehalten hat für die Bewältigung unserer sozialen Aufgaben.

Die Defizite der Kommunen haben sich auch deshalb aufgetürmt, weil Land und Bund den Kommunen in der Vergangenheit immer neue Aufgaben und Standards aufgebürdet haben, die zu zusätzlichen finanziellen Belastungen geführt haben – wie etwa bei der U 3-Betreuung. Das Wort Konnexität ist offenbar weder den Entscheidern in Berlin noch in Düsseldorf gut bekannt. Der Ausbau der U-3 Betreuung zum Beispiel, den wir grundsätzlich alle unterstützen und begrüßen, wird uns jährlich weitere Kosten und noch ca. 2,4 Millionen Euro als Eigenanteil für Investitionen aufbürden, weil die Fördermittel und Betriebskostenberechnungen viel zu knapp kalkuliert wurden. Aber es geht noch doller: Als Folge des 5. Schulrechtsänderungsgesetzes – also der Rücknahme der bereits beschlossenen

schrittweisen Verlagerung des jährlichen Einschulungstermins für Kita-Kinder - entsteht in Marl ein Bedarf von 150 zusätzlichen Kita-Plätzen. Für die Finanzplanung der Jahre bis 2014 müsste hierfür ein Investitionsbedarf von 2,4 Mill. Euro für Bau und Einrichtung neuer Gruppen veranschlagt werden.

Meine Damen und Herren: So funktioniert das nicht und so kann das nicht weitergehen!

Die Kommunen erwarten deshalb, dass sich das Land und ebenso der Bund künftig in die Pflicht nehmen, und für Aufgaben, die sie den Kommunen übertragen, auch selbst zahlen. Auch hier muss künftig gelten: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen!

Der Stärkungspakt ist darüber hinaus mit sehr heißer Nadel gestrickt worden. Das bei der Berechnung der Konsolidierungshilfe zugrunde gelegte Datenmaterial hat allem Anschein nach dazu geführt, dass die Stärkungspaktkommunen im Kreis Recklinghausen zu niedrige Zuwendungen erhalten haben. Alle sechs Kommunen klagen daher gegen die Höhe der Konsolidierungshilfe.

Meine Damen und Herren, mit dem Stärkungspakt verlangt die Landesregierung von den betroffenen Gemeinden drastische Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, die aus unserer Sicht kaum leistbar sind. Das Stärkungspaktgesetz nötigt uns, über die in den vergangenen Jahren bereits ergriffenen Maßnahmen hinaus weitere Beschlüsse zu fassen, die unweigerlich zu weiteren schmerzhaften Einschnitten zu Lasten unserer Bürgerinnen und Bürger führen werden.

Konkret bedeutet dies:

Der Haushaltsplan für 2012 sieht ein Defizit in Höhe von ca. 42 Mio. Euro vor. Bei der Betrachtung dieses Defizits muss aber berücksichtigt werden, dass uns aufgrund der starken Gewerbesteuerereinnahmen der Vorjahre und der damit gestiegenen sogenannten „Steuerkraftmesszahl“ im Prinzip ca. 25,2 Mio. Euro bei den Schlüsselzuweisungen des Landes abgezogen werden.

Eingerechnet in das Jahresdefizit sind bereits knapp 6,166 Mio. Euro, die die Stadt Marl in den kommenden 10 Jahren jährlich aus dem Stärkungspakt erhält. Damit verbunden ist die Pflicht, ab 2016 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Doch dieses Ziel lässt sich bisher nicht darstellen. Selbst mit den Leistungen aus dem

Stärkungspakt und mit dem vom Rat bereits beschlossenen 20-Millionen-Euro-Sparpaket könnten wir den Haushaltsausgleich frühestens 2018 erreichen.

Das führt zu der ungeschminkten und brutalen Wahrheit: Es werden erhebliche zusätzliche Optimierungen und Einsparungen in einer Größenordnung erforderlich, die bisher außerhalb unseres Vorstellungsbereiches lagen. Wird der Haushaltsausgleich 2016 nicht erreicht, droht – daran hat der Innenminister keinen Zweifel gelassen - nach Paragraph 124 der Gemeindeordnung der Sparkommissar - und damit letztlich auch das Ende der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Konsequenz ist eindeutig: Ein „Weiter-so“ kann es nicht geben. Bei der Haushaltskonsolidierung gefragt sind jetzt die „big points“. Wir werden den Umfang, die Qualität und die Standards, mit denen wir als Verwaltung unsere Aufgaben erfüllen, auf den Prüfstand stellen müssen - nicht nur bei den freiwilligen, sondern auch bei den pflichtigen Aufgaben. Wir werden uns fragen müssen, mit wie vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unsere Verwaltung künftig welche Leistungen für die Bürgerschaft erbringen soll. Und wir werden diskutieren und entscheiden müssen, auf welche Aufgaben und Angeboten wir demnächst – notgedrungen und schwereren Herzens - verzichten und welche Einrichtungen wir künftig schließen. Auch Vorschläge und Anregungen, die in der Vergangenheit verworfen wurden, werden wieder auf den Tisch kommen müssen. Die Uhr wird zurück auf Null gestellt. Wir können uns keine Gedankenverbote mehr leisten.

Und wir werden unseren Bürgerinnen und Bürgern offen und ehrlich sagen müssen: Es wird keine Entscheidungen und Maßnahmen geben, die für den Einzelnen ohne schmerzhaftige Auswirkungen bleiben werden.

Meine Damen und Herren, die betroffenen Kommunen werden damit zu unrecht abgestraft für eine Haushaltssituation, die sie selbst nicht zu verantworten haben.

Denn warum sind im Kreis Recklinghausen sechs Gemeinden akut von Überschuldung bedroht und müssen zwangsweise am Stärkungspakt teilnehmen?

Die Antwort ist eindeutig.

Weil die Städte zu einer Region gehören, die aufgrund des fortwirkenden Strukturwandels in außerordentlichem Umfang von hoher Arbeitslosigkeit und steigenden Sozialausgaben belastet wird. Allein die Aufwendungen, die Marl in

diesem Jahr voraussichtlich für Leistungen nach dem SGB II aufbringen muss, betragen über sechs Millionen Euro – und damit fast genau so viel wie die jährliche Zuwendung aus dem Stärkungspakt. Und ein Ende der Belastungen ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Wenn Ende 2015 die Lichter auf unserer Zeche Auguste Victoria ausgehen und endgültig Schicht am Schacht sein wird, gehen allein auf der Schachanlage cirka 4.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze und viele weitere in der Wertschöpfungskette von der Zulieferindustrie bis zum Einzelhandel verloren. Dies wird dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit und die Sozialausgaben weiter in die Höhe gehen, wenn nicht schnell innovative Folgenutzungen und möglichst viele neue Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Damit nicht genug: Allein die Aufwendungen für den Solidaritätsbetrag Deutsche Einheit belaufen sich in 2012 auf ca. 5 Mio. Euro. Das Paradoxe daran ist: Wir müssen uns verschulden, um unseren Beitrag für den Aufbau Ost zu leisten – wohl wissend, dass es vielen Städten in den östlichen Bundesländern inzwischen deutlich besser geht als uns. Und: Sie locken mit lukrativen Förderquoten, die zum Teil um das sechsfache höher liegen als in NRW, so attraktive Unternehmen wie die Firma Redcoon an, die sich trotz der nachweislich vorhandenen Standortvorteile bei uns lieber in den östlichen Bundesländern niederlassen und dort die Arbeitsplätze schaffen, die hier ebenso dringend oder noch dringender benötigt werden. Aus dem „Aufbau Ost“ ist längst ein „Abbau West“ geworden. Es muss endlich Schluss damit sein, dass Fördermittel nach der Himmelsrichtung und nicht nach der Bedürftigkeit vergeben werden.

Meine Damen und Herren, Solidarität ist keine Einbahnstraße. Ich erwarte daher, dass sich auch die Umlageverbände – vor allem der Kreis und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe – mit den Stärkungspaktstädten solidarisieren, freiwillig vergleichbare Anstrengungen unternehmen und eigene Beiträge zur Haushaltskonsolidierung leisten. Ich sehe mich mit dieser Forderung unterstützt von den Bürgermeistern der anderen 27 kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die von der 1. Stufe des „Stärkungspaktgesetzes“ betroffen sind. Mehrfach haben wir darauf hingewiesen, dass die Haushaltssanierung in den Städten nur möglich ist, wenn es gelingt, die Umlageverbände verbindlich in die Haushaltssicherung einzubinden. Noch einmal ganz konkret: Die Umlageverbände müssen in rechtlich verbindlicher Weise in die Haushaltsdisziplin der Kommunen eingebunden werden,

ihnen sind die gleichen Restriktionen aufzuerlegen, wie sie für uns Kommunen gelten.

Allein die Umlage, die wir an den Kreis Recklinghausen zu entrichten haben, steigt in diesem Jahr um 2,5 Mio. auf fast 58 Mio. Euro.

Meine Damen und Herren, der Landrat des Kreises Recklinghausen Cay Süberkrüp führte am 30.1. in seiner Haushaltsrede vor dem Kreistag u.a. aus (ich zitiere): „Wir dürfen uns (...) nicht auseinander dividieren lassen! Wir, der Kreis und die 10 kreisangehörigen Städte, sitzen in einem Boot.“

Ich erwarte deshalb, dass der Kreis zur viel beschworenen Solidarität der kommunalen Familie steht und zusätzliche eigene Anstrengungen zur finanziellen Entlastung seiner Städte unternimmt. Oder auf den einfachen Nenner gebracht: Lassen Sie uns den Landrat beim Worte nehmen!

Zurück zu Marl und zu den Hausaufgaben, die wir zu erledigen haben.

Zum Stärkungspakt gibt es für uns keine Alternative. Deshalb kann es für uns jetzt nur darum gehen, den Anforderungen, die der Stärkungspakt uns abverlangt, gerecht zu werden – auch wenn der Weg, der uns aufgezwungen wird, steil und steinig sein wird.

Das Stärkungspaktgesetz sieht vor, dass die Kommunen einen Haushaltsanierungsplan erstellen und jährlich fortschreiben. Dafür stellt die Landesregierung den Stärkungspaktkommunen die Gemeindeprüfungsanstalt an die Seite. Die Gemeindeprüfungsanstalt will bis zum 15. Februar unseren Konsolidierungsbedarf feststellen, Anfang Mai soll bereits der Entwurf des Haushaltssanierungsplanes vorliegen. Der endgültige Sanierungsplan muss mitsamt dem überarbeiteten Haushaltsplan bis zum 30. Juni bei der Bezirksregierung Münster vorliegen.

Wir stehen damit unter einem enormen Zeitdruck. Ich schlage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates, deshalb vor, die Erstellung des Sanierungsplanes in der Finanzkommission fortlaufend zu begleiten und die Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung aktuell und zielführend zu diskutieren. Die bestehende verwaltungsinterne Arbeitsgruppe „Aufgabenentwicklung“, die in unmittelbarem und intensiven Kontakt mit der Task Force der

Gemeindeprüfungsanstalt steht, wird der Finanzkommission zuarbeiten und kontinuierlich über alle relevanten Entwicklungen zum Sanierungsplan berichten.

Der Haushaltsentwurf wird jetzt zu einer ersten Lesung in die Fachausschüsse verwiesen. Die Beratung des Haushaltsentwurfes soll nach unseren Vorstellungen gemeinsam mit der Beratung des Haushaltssanierungsplans ab dem 10. Mai erfolgen. Die gemeinsame Beschlussfassung soll in der Ratssitzung am 21.6. erfolgen.

Liebe Ratsmitglieder, darüber hinaus schlage ich vor, unsere Bürgerinnen und Bürger einzuladen, uns ihre Vorschläge zur Sanierung unseres Haushaltes mitzuteilen. Die Anregungen und Vorschläge zeigen uns, wo unsere Bürgerinnen und Bürger ihre Prioritäten setzen würden, und sind ein wichtiges Kapital, das wir für die Haushaltssanierung gewinnbringend nutzen sollten. Die Vorschläge unserer Bürgerinnen wollen wir auf unseren städtischen Internetseiten auf der Plattform „Marl spart“ veröffentlichen und Anfang Mai – gemeinsam mit den bis dahin aus der Finanzkommission vorliegenden Anregungen und Vorschlägen – in einer öffentlichen Informationsveranstaltung erörtern, so dass die Ergebnisse rechtzeitig in die Beratungen des Rates und die endgültige Entscheidung über den Sanierungsplan einfließen können. Ich würde mich sehr freuen, wenn mir der Rat kurzfristig ein zustimmendes Signal zu dieser Vorgehensweise geben würde.

Meine Damen und Herren des Rates, unser gemeinsames Ziel kann nur sein, einen Haushaltssanierungsplan zu erstellen und zu beschließen, der grundsätzlich genehmigungsfähig ist. Ich bitte Sie daher herzlich und nachdrücklich, unbeirrt an dem bereits beschlossenen 20-Mio-Sparpaket festzuhalten und sich konstruktiv mit zusätzlichen Vorschlägen zur Haushaltssanierung einzubringen. Um die restriktiven Vorgaben des Stärkungspaktes zu erfüllen, werden in vielen Bereichen weitere schmerzliche Einschnitte unumgänglich sein. Wir werden unseren Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche Verzichte und Belastungen abverlangen müssen. Wer anderes sagt, handelt verantwortungslos und fahrlässig. Die Zeit der Schönfärberei ist mit dem Stärkungspakt endgültig vorüber, die Zeit der ungeschminkten und brutalen Wahrheit hat begonnen. Wir werden das, was zu entscheiden sein wird, unseren Bürgerinnen und Bürgern nur dann glaubhaft vermitteln können, wenn wir sie mitnehmen und beteiligen; und vor allem, wenn wir die notwendigen Entscheidungen im Rat mit möglichst großen und überzeugenden Mehrheiten treffen. Die Zeit, in der

man sich vornehm zurücklehnen konnte, weil man immer schon alles besser wusste, und auf andere zeigte, die die unpopulären Beschlüsse gefasst haben, sind endgültig vorüber. Wer so handelt und unausweichliche Entscheidungen nicht mit trägt, verliert – zu Recht – das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger.

Und ich bin überzeugt: Wer sich aufrecht, ernsthaft und engagiert dafür einsetzt, dass unser Haushalt saniert werden kann und alle Lasten möglichst gerecht verteilt werden, kann auch in diesem Bereich „Big Points“ setzen und Anerkennung bei unseren Bürgerinnen und Bürgern gewinnen. Denn es geht schließlich darum, die kommunale Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und unseren Kindern und Enkeln eine Perspektive ohne Schuldenberg und finanziellen Altlasten zu geben.

Ich bin überzeugt, dass es uns gemeinsam gelingen kann, Marl eine gute Zukunft zu geben, so dass wir in unserer Stadt weiterhin gut und glücklich leben können.

Meine Damen und Herren des Rates, Herr Dinklage und sein Team vom Amt für kommunale Finanzen, die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe Aufgabenentwicklung, die Beigeordneten und selbstverständlich auch der Bürgermeister stehen Ihnen für Ihre Beratungen gern mit weiteren Auskünften zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen gute und erfolgreiche Haushaltsberatungen.

Glückauf!